

Medienmitteilung

Erste Migrant*innensession Kanton Luzern ging am 9. März 2024 in die Geschichte ein.

Am 9. März 2024 fand im Regierungsgebäude in Luzern die erste Migrant:innensession statt, organisiert wurde sie vom Verein Migrant*innenparlament Kt. Luzern (MiP). Die Veranstaltung, die im Kantonsratssaal stattfand, war ein voller Erfolg. Rund 100 Personen nahmen an der Session teil, darunter auch zahlreiche Politiker:innen aus dem Kanton Luzern.

Energische und positive Stimmung

Die Stimmung an der MiP-Session war sehr energisch und positiv. Die Teilnehmenden diskutierten engagiert über die 14 Forderungen, die im Vorfeld der Session von verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet worden waren. In ihren Voten schilderten sie ihre persönlichen Erfahrungen und Meinungen und machten deutlich, wie wichtig ihnen die konkreten Forderungen und ihre politische Teilhabe ist. Für Kinderbetreuung wurde für Kinder ab 3 Jahren gesorgt, um die Teilnahme für möglichst viele Personen zu ermöglichen. Mitarbeiterinnen des Vereins Spielraum Luzern haben sich vor Ort für eine reibungslose Kinderbetreuung engagiert. Ali Azimi, Vorstandsmitglied des MiP fasst die erste Session wie folgt zusammen: «Diese erste Migrant:innensession war für uns sehr wichtig, wir konnten so zeigen, dass wir hier leben im Kanton Luzern und diese Gesellschaft für uns und unsere Kinder sehr wichtig ist».

Grosse Unterstützung aus der Politik

Die anwesenden Politiker:innen zeigten sich beeindruckt vom Engagement der MiP-Teilnehmenden. Sie sprachen sich dafür aus, die Anliegen der Migrant:innen ernst zu nehmen und sich für ihre Umsetzung einzusetzen.

Michaela Tschuor: "Die Politik hat gehört"

Regierungsrätin GSD Michaela Tschuor, die die Session mit einem Grusswort eröffnet hatte, zeigte sich "berührt" von der Mitwirkung der Teilnehmenden. Sie betonte, dass die Politik die Anliegen der MiP-Teilnehmenden gehört habe und bei einzelnen Forderungen auch bereits erste Schritte zur Umsetzung plane. Es brauche allerdings noch Zeit, um konkrete Schritte "gezielt anzugehen".

Sechs Forderungen verabschiedet

Nach einer engagierten Diskussion wurden aus den 14 Forderungen, welche alle angenommen wurden, die sechs Forderungen mit den meisten Stimmen verabschiedet. Diese Forderungen («Kantonsinitiative zur Senkung der Hürden zur Niederlassungsbewilligung C», «Menschenrechte bei Ausschaffungen», «Zugang zu Bildung&Ausbildung für Jugendliche Sans-Papiers», «Verbesserung der psychischen Gesundheit», «Anerkennung von Bildungsleistungen bei Statuswechsel» und «Regularisierung von registrierten Sans-Papiers») wurden symbolisch an Judith Schmutz, Kantonsratspräsidentin Grüne, und die anwesenden Politiker*innen (Korintha Bärtsch, Kantonsrätin Grüne, Mario Bucher, Kantonsrat SVP, Priska Fleischlin, Kantonsrätin SP, Maria Pilotto, Kantonsrätin SP, Melanie Setz, Kantonsrätin SP, Laura Spring, Kantonsrätin Grüne, Michael Töngi, Nationalrat Grüne, Samuel Zbinen, Kantonsrat Grüne) übergeben.

Die verabschiedeten Forderungen können nun von den Kantonsrät:innen eingereicht werden. Der Verein Migrant*innenparlament Kt. Luzern wird einzelne Forderungen direkt mit

gewissen Departementsvorstehenden und der Verwaltung besprechen oder für Petitionen Unterschriften sammeln.

Der Vorstandsmitglied Nazir Amir äusserte sich zu den Forderungen wie folgt: «Uns war es wichtig, dass die Forderungen tatsächlich vom Parlament geprüft werden und nicht unter den Teppich gekehrt werden. Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Kantonsrät*innen an diesem sehr wichtigen und gelungenem Tag anwesend gewesen wären.»

Intensiver Austausch beim Apéro

Beim anschliessenden Apéro wurde noch lange und intensiv über die Forderungen diskutiert. Die Stimmung war ausgelassen und optimistisch. Es war deutlich zu spüren, dass die erste MiP-Session im Kanton Luzern einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der politischen Partizipation von Migrant:innen darstellte.

Fazit

Die erste MiP-Session im Kanton Luzern war ein voller Erfolg. Dilber Hasso, Co-Präsidentin des Vereins meinte dazu: «Die Lösung für die Integration besteht darin, sich auf gesellschaftlicher und politischer Ebene beteiligen zu können. Dafür brauchen wir konkrete Räume.»

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Migrant:innen sich aktiv an der politischen Gestaltung ihres Lebensraums beteiligen wollen. Die Politik ist nun gefordert, die Anliegen der MiP-Teilnehmenden ernst zu nehmen und konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung zu unternehmen.